SCHIFFFAHRTSFÖRDERUNG

Auftrag ohne Ausschreibung



MAURIZIO GAMBARINI / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

Deutsches Handelsschiff

Die enge Zusammenarbeit mit der Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers (PwC) wird zu einer Belastung für Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD). Seine Behörde hatte PwC Ende Oktober ohne Ausschreibung die Verlängerung eines lukrativen Vertrags angeboten. Die Unternehmensberatung solle bis Ende 2010 weiterhin prüfen, ob die Anträge deutscher Reeder auf staatliche Zuschüsse zur Senkung der Lohnnebenkosten berechtigt seien. Der Bund schüttete im vergangenen Jahr fast 50 Millionen Euro für diese Subvention aus, PwC durfte für die Abwicklung etwa 700 000 Euro Gebühren kassieren. Die Nähe des Tiefensee-Ministeriums zu PwC wird intern seit langem heftig kritisiert, unter anderem in einem Beschwerdebrief des Bundesamts für Seeschifffahrt an das Ministerium. „Äußerst problematisch“ sei es zum Beispiel, dass PwC eine Doppelfunktion habe. Das Unternehmen begutachte nicht nur die Anträge, sondern habe in einigen Fällen zunächst als Wirtschaftsprüfer der Reeder deren Angaben bestätigt – und dafür ebenfalls kassiert. Das Ministerium sieht hier „keinen Interessenkonflikt“. Die Prüfungen scheinen ohnehin nicht allzu streng zu sein: Keinen einzigen Antrag hat PwC in den vergangenen Jahren abgelehnt. Zugleich ist das Unternehmen mit dem Ministerium auch sonst gut im Geschäft. Allein dreimal bekam es in den vergangenen fünf Jahren den Zuschlag für ein Gutachten im Bereich Schifffahrt. 2004 etwa bewerteten die Berater unter anderem den Erfolg der deutschen Schifffahrtssubventionen. Eine der Empfehlungen: Die Bundeszuschüsse müssten möglichst langfristig fortgeführt werden.

DER MÜNCHHAUSEN-TEST



RALPH SONDERMANN

„Wir haben den Abwärtstrend von Rot-Grün gestoppt und eine Wende zum Besseren geschafft.“

Landesschulministerin **Barbara Sommer** (CDU) über die nordrhein-westfälischen Ergebnisse beim Pisa-Ländervergleich

DIE FAKTEN

Die rot-grüne Landesregierung Nordrhein-Westfalens wurde Mitte 2005 von einer CDU-FDP-Koalition abgelöst. Die schwarz-gelbe Regierung sorgte für einige schulpolitische Neuerungen, insbesondere für ein geändertes Schulgesetz. Es trat im Sommer 2006 in Kraft. In der aktuellen Pisa-Studie, die in der vergangenen Woche vorgestellt wurde, haben nordrhein-westfälische Schüler in allen drei untersuchten Bereichen bessere Ergebnisse erzielt als zuvor. Die jüngste Studie basiert auf Tests im April und Mai 2006. Bereits in der vorherigen Pisa-Runde hatten sich die nordrhein-westfälischen Schüler in Mathematik und Naturwissenschaften verbessert und beim Lesen den Leistungsstand gehalten.

DER TEST

Als die Schüler für die aktuelle Pisa-Studie getestet wurden, war Barbara Sommer noch nicht einmal ein Jahr im Amt. Da schulpolitische Maßnahmen normalerweise erst langfristig Wirkung entfalten, ist es höchst fragwürdig, die besseren Ergebnisse auf den Regierungswechsel zurückzuführen. Das neue Schulgesetz, die wichtigste schulpolitische Maßnahme der neuen Landesregierung, ist sogar erst nach dem jüngsten Test in Kraft getreten. Die Änderungen können sich nicht auf die Pisa-Ergebnisse ausgewirkt haben. Einen von der Ministerin behaupteten Abwärtstrend unter der rot-grünen Regierung gab es bei den Messungen der Jahre 2000 und 2003 nicht.



DAS FAZIT

Die besseren Pisa-Ergebnisse der nordrhein-westfälischen Schüler sind weder ein Verdienst von Ministerin Barbara Sommer noch eines der schwarz-gelben Landesregierung.